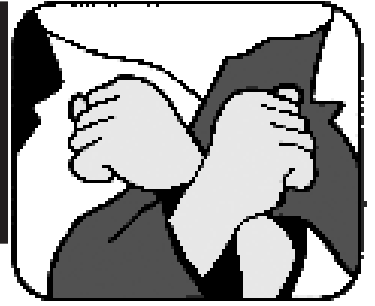


# Rundbrief für Mitglieder und Interessierte

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Jena \*\*Schillergäßchen 5\*\*07745 Jena

www.rote-hilfe.de/jena\*\*jena@rote-hilfe.de

PGP-Fingerprint:CCC1 64AD F63B 18B8 3F45 A0BD 6EEF 3494 A932 07BD



Polizeigewalt gegen Antifaschisten eskaliert auch in Jena

Heiß-Demonstration am 18. August

Erneut findet 2007 in Jena die bedeutendste Demonstration der Naziszene zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß statt. NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt fordert vor 350 Anhängern den Friedensnobelpreis für Heß. Die Nazis, die Transparente „Mord verjährt nie“ mitführen, legen eine Schweigeminute ein. Ein klarer Fall von Volksverhetzung – die Polizei unternimmt nichts.

Dagegen setzt sie alles daran zu verhindern, dass Antifaschisten die Nazidemonstration stören. Schon am Vormittag hagelt es Platzverweise für den Versammlungsraum „Rechts“. Am Rande der antifaschistischen Kundgebung am Engelplatz, an der sich 900 Menschen beteiligen, ziehen Spezialeinheiten BFE auf. Als Demonstranten den Platz verlassen wollen, kommt es zu Gerangel, Pfefferspray wird eingesetzt. Später eskaliert die Lage weiter. Insgesamt 40 Menschen werden, zum Teil auf brutale Weise festgenommen, weil sie angeblich rechtswidrig in die Nazi-Zone eingedrungen sind. Gegen acht Menschen laufen Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung.

Zweites „Fest der Völker“ am 8. September

1500 Teilnehmer kommen auf den Seidelplatz zur größten Nazidemonstration in Thüringen seit 1992. Es lockt vor allem der Rechtsrock von Bands aus dem Blood-And-Honour-Netzwerk. Diese Organisation ist verboten seit 2001, aber die Stadtverwaltung versucht nicht, das „Fest“ zu verbieten. Filmberichte zeigen, wie mehrere Nazis auf dem Anmarsch den Hitlergruß zeigen – eskortiert von Polizisten, die nicht einschreiten.

Seit kurz vor zwölf blockieren 3000 Menschen die Zufahrtsstraßen zum Seidelplatz. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen von den Drohungen der Polizei, durchzugreifen gegen „Störer“. Spezialeinheiten setzen Schlagstöcke und Pfefferspray ein, um einzelnen Nazigruppen den Weg zum „Fest“ zu bahnen. In der Wöllnitzer Straße zieht ein Polizist die Waffe, kurz nachdem seine Einheit mit dem Befehl „Jetzt alles plattmachen!“ Demonstranten einen Berghang hinaufgehetzt hat. 20 Nazigegner werden festgenommen.

Zum zweiten Mal in diesem Jahr bedrohte die Polizei Demonstranten mit Schusswaffen. Die Knarren sitzen auch sonst locker, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es einen Toten gibt. Die Thüringer Polizei ist erneut überfordert gewesen mit dem Geschehen. Nur der Masse und guten Organisation der Demonstranten ist es zu verdanken, dass die Gewalt am 8. September nicht wie geplant stärker eskalierte.

Originelle Auflagen sollen Angriffe rechtfertigen

Das Vermummungsverbot ist der ideale Vorwand für Polizeiangriffe

auf Demonstrationen. Ein Vermummter ist immer dabei, und bei dessen Festnahme kann ein Dutzend anderer geschlagen werden. Thüringer Ordnungsämter versuchen, diese Praxis mit originellen Auflagen zu verschärfen. In Erfurt wurde am 14. Juli verboten, Sonnenbrillen in Verbindung mit Kapuzenpullovern zu tragen. Für die Jenaer Demo am 8. September wurden Transparente über 1,50 Meter Länge untersagt, weil „längere Transparente am 18. August zur Identitätsverschleierung benutzt worden“ seien. Dies geschieht vor dem Hintergrund zunehmender Anti-Antifa-Aktivitäten und regelmäßiger rechtswidriger Filmerei der Polizei. Deren Beamte treten dagegen selbst immer häufiger vermummt auf, um ohne Verfolgungsrisiko prügeln zu können.

Ständige Diffamierung aus Staatskanzlei und CDU-Fraktion

Pudelwohl fühlen sich die Nazis in Thüringen: Alle zwei Wochen ein Rechtsrockkonzert, in diesem Jahr bislang vier bedeutende öffentliche Versammlungen, kontinuierliche Angriffe auf Nicht-Deutsche. Die Parteiführer sitzen schon Probe im Landtag, der 2009 neu gewählt wird.

Für die CDU kein Problem: „Zwei Prozent Wählerpotential hat die NPD. Wer etwas anderes behauptet, stärkt die Rechtsextremisten bloß“, sagt Generalsekretär Mike Mohring. Und die Aufklärung der fremdenfeindlichen Randalen im August in Bad Sulza kommentierte Innenminister Karl Heinz Gasser so: *„Die hervorragende Arbeit der Polizei zeigt, dass sich Täter in Thüringen nicht sicher fühlen können.“*

Wer dem widerspricht und tatsächlich etwas unternimmt gegen die Nazis, wird als „Extremist“ diffamiert und zum potentiellen Opfer der Polizei. Ein Resolutionsentwurf gegen Rechtsextremismus scheiterte im Landtag, denn nach CDU-Fraktionschefin Christine Lieberknecht seien manche Antifagruppen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Stattdessen wurde am Jahresanfang ein Antrag gegen Extremismus beschlossen, der ganz auf der Linie der Totalitarismustheorie liegt. Auf dieser Grundlage attackierte Fraktionssprecher Wolfgang Fiedler im Sommer dann die Linkspartei – genau in dem Moment, als deren Wahlkreisbüros im Wochenrhythmus von Nazis beschädigt wurden.

## Notwehr gegen Nazis – strafbar?

Zumindest verdächtig, nach Meinung der Polizei. Im Juli wurden zwei Fälle bekannt, in denen die Polizei in ihren Ermittlungen Täter und Opfer vertauscht.

Am 15. Juni eskortierte die Polizei nach einem Fußballspiel in Gera einen Bus mit rechten Hooligans zum Südbahnhof. Nachdem die Polizei abgezogen war, zog eine Gruppe von zehn Hooligans zu einem nahe gelegenen Club, wo ein Konzert stattfand. Sie suchten Streit mit einigen Besuchern, die vor dem Eingang saßen und griffen einen von ihnen an. Dem Opfer gelang es, sich mit Hilfe von Pfefferspray von der angreifenden Übermacht zu lösen und in den Saal zu flüchten. Einer der Hooligans verfolgte ihn dorthin und schlug ihm ins Gesicht, bevor andere Konzertbesucher eingreifen konnten. Diese Helfer hatten auch die Polizei informiert, die jedoch beim Eintreffen am Tatort den Hooligan als Opfer ansah. Anderslautende Aussagen wurden nicht aufgenommen. Gegen das Opfer wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Ähnliches ereignete sich am 18. Juli in Jena-Lobeda. Drei Punks wurden von drei Faschos angegriffen, von denen einer verumumt war. In der Auseinandersetzung wurde einer der Angreifer verletzt. Er besorgte sich im Krankenhaus ein Attest und stellte sich bei der Polizei als Opfer vor. Gegen einen der Punks wird ermittelt.

## Notwehr gegen Nazis strafbar? Teil II

Am 15. März griff eine Gruppe Nazis den antifaschistischen Gewerkschafter Angelo Lucifero bei einer Kundgebung des Erfurter „Bündnisses für soziale Gerechtigkeit“ an. Angelo, der in den vergangenen Jahren mehrfach Opfer faschistischer Überfälle und Drohungen geworden ist, setzte sich gegen die Angreifer mit einer Schreckschusspistole zur Wehr. Die eintreffende Polizei nahm dienstbeflissen den Antifaschisten fest. Die Nazis dagegen kamen unbehelligt davon und erstatteten zudem Anzeige.

Anstatt den permanenten Nazi-Terror öffentlich zu verurteilen, gaben CDU und Lokalpresse Rückendeckung für die Angreifer.

Angelo erhielt nun einen Strafbefehl über ein Jahr Gefängnis auf Bewährung und insgesamt 120 Tagessätzen. Das Gericht hatte auf eine Hauptverhandlung, oder auch nur eine Anhörung des Beschuldigten verzichtet und die Version der Nazis ungefragt hingenommen.

Gegen den Strafbefehl legte Angelo

## Polizeigewalt am 18. August - Zeugenaussage

*Auf unseren Aufruf hat sich eine Zeugin bei uns gemeldet, deren Aussage wir hier auszugsweise veröffentlichen:*

Am Nollendorfer Hof konnte ich mich erstaunlicherweise ungestört auf ein Schaufensterbrett des Bettengeschäftes setzen und mich ersteinmal ausruhen. Die Camsdorferstraße war leer. Der Spitzweidenweg war von zwar aufgebracht, aber äußerst friedlichen Antifa-Leuten besetzt, ansonsten flanierten Bürger und überall stand vereinzelt Polizei, geballt nur vorm Spitzweidenweg.

Etwa eine halbe Stunde vor dem Nazi-Vorbeimarsch unter Polizeischutz vorm Nollendorfer Hof befand ich mich dort auf dem Platz, um den Aktivitäten der Antifaschisten und der Polizei zuzusehen. Die Aggressivität der gepanzerten Polizisten war erschreckend, einschließlich der ewig bellenden Hunde.

Als ich mich, vor einem vorderen Eingang des Nollendorfer Hofes stehend, zur Camburger Straße umdrehte, sah ich drei oder vier Uniformierte, die einen jungen Mann kurz über dem Boden vorwärtsbewegten. [im Gespräch sagte sie "angeschleppt"; ob getragen oder gezogen kann sie nicht mehr genau sagen]. Ich begann vor Schreck zu schreien, weil ich dachte, er sei schon zumindest halbtot. Ich sah sein Gesicht, eine verdrehte Nase unter Polizeifingern, aber auch seinen Rücken mit nach oben gebogenen Armen. Kurz davor hatte ich am Eingang Sophienstraße eine Ärztin bemerkt. Ich rief, dass ich einen Arzt hole, und rannte hin. Die Frau hatte wohl Angst vor der Polizei und wollte nichts damit zu tun haben. Ich ging erst einmal zurück. Der junge Mann war inzwischen in die Türecke geklemmt worden. [im Gespräch benutzte sie "an die Wand geklatscht"] (Es kann sein, dass einer der Beamten eine Brille in der Hand hielt.) Ich fragte ihn, ob er einen Arzt brauche (-dann hätte ich meine Ärztin geholt). Daraufhin herrschte mich ein Polizist an: "Wenn der einen braucht, dann kommt einer von uns!" Wie lange das dauern würde sagte er mir nicht. Nach einiger Zeit ging es dem mißhandelten Nazigegner etwas besser, er konnte offenbar wieder richtig atmen, er bestätigte mir auch, dass er keinen Arzt brauche. Dann fuhr ein Mannschaftswagen auf, die Polizeimassen stürzten sich wieder auf ihn, ich wurde abgedrängt. [Insgesamt beschrieb sie das Vorgehen der Polizei als unfassbar. Sie hat zum genauen Zeitpunkt der Festnahme nicht beobachtet, was geschehen ist. Ihrer Einschätzung der Situation nach konnte sie sich aber nicht vorstellen, dass ein Grund für die Festnahme vorgelegen haben kann; sie vermutet einen Verstoß gegen Platzverbot.]



*Martialisches Polizeiaufgebot am 18.08.*



## Landfriedensbruchverfahren „Alter Fritz“: DNA-Analysen angeordnet

Am frühen Abend des 23. Juni demonstrierten knapp 100 Antifaschisten in Erfurt gegen die örtliche Naziszene um den NPD-Führer Kai-Uwe Trinkaus. Anlaß der Aktion war die Eröffnung des ersten NPD-Bürgerbüros in Thüringen am Dienstag zuvor. Das Büro befindet sich nach Angaben der Antifagruppe AG 17 in Trinkaus' Wohnhaus in der Karl-Liebknecht-Straße, gleich neben der bekannten Nazikneipe „Alter Fritz“.

Während der Demo wurden die Scheiben des „Alten Fritz“ eingeworfen und das Auto von Trinkaus beschädigt. (Die Nazikneipe ist seitdem geschlossen.) Später nahm die Polizei in Erfurt 14 Personen fest, denen sie schweren Landfriedensbruch vorwirft. Die Betroffenen wurden in die Wache Andreasstraße gebracht, durchsucht, verhört, erkennungsdienstlich behandelt und bis gegen Mitternacht festgehalten. Keiner der Verhafteten hat zum Tatvorwurf ausgesagt. Die Polizei erlangte lediglich, teils durch Drohung und Täuschung, von einigen ein schriftliches Einverständnis zu einer DNA-Analyse.

Der CDU dient diese Aktion als willkommener Vorwand, um gegen linke Antifaschisten in Thüringen Stimmung zu machen. Nachdem bereits am 11. Juni der Abgeordnete Eckehard Kölbl eine Anfrage nach der Beteiligung „linksextremistischer“ Thüringer Gruppen an den Protesten gegen den G8-Gipfel gestellt hatte, reichte der Erfurter Abgeordnete Michael Panse eine weitere Anfrage zum „Linksextremismus“ beim Landtag ein. Mit diesem Lärm versucht die CDU von ihren Verbindungen zu den Rechtsextremisten abzulenken. Nach nicht dementierten Angaben der NPD nutzt das Büro von Trinkaus auch der Bund der Vertriebenen (BdV). Trinkaus selbst ist Leiter einer Vertriebenen-Jugendgruppe. Der revanchistische Verband wird von der Landesregierung finanziell gefördert und regelmäßig übernahmen Minister die Schirmherrschaft über dessen Veranstaltungen.

Inzwischen hat das Amtsgericht Erfurt einen Beschluß zur DNA-Analyse gefaßt und diejenigen, die am 23. Juni eine Speichelprobe verweigert haben, erhalten Vorladungen der Polizei. Gegen den Beschluß ist Beschwerde eingelegt. Über den Erkenntnisstand der Bullen ist bislang nichts weiter bekannt.

Widerspruch ein, der Termin für die Hauptverhandlung vor Gericht, steht noch aus.

## G8-Proteste: Prozeßlawine droht – Bislang zwei Fälle in Thüringen

Über 1000 Strafverfahren sind derzeit bei der Staatsanwaltschaft Rostock anhängig im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel im Juni. Weitere 1000 Verfahren werden nach Auswertung der Videoaufnahmen der Polizei erwartet. Immerhin sitzt keiner der Festgenommenen mehr hinter Gittern, der letzte wurde am 11. Juli auf Bewährung entlassen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass sich bislang nur zwei Leute aus Thüringen gemeldet haben, gegen die ermittelt wird. Im ersten Fall wurde der Betroffene nach der Großdemo am 2. Juni innerhalb von 10 Minuten mehrfach auf dem Rostocker Hauptbahnhof durchsucht. Als er zum dritten Mal den Rucksack ein- und auspacken mußte, soll er die Polizisten „Schweine“ genannt haben. Ihm droht ein Strafbefehl wegen Beleidigung.

Am 4. Juni wurde ein anderer Demonstrant wegen seines Äußeren am Hauptbahnhof aufgegriffen. Bei der Durchsuchung wurde ein Halstuch gefunden. Die Staatsanwaltschaft behauptet nun, er sei mit einem verbotenen Gegenstand auf dem Weg zu einer Demonstration gewesen – ohne irgendeinen Beweis.

Ohne Mampf kein Kampf!

Danke an die Neugasse-Vokü für Spenden-sammlung:  
50 Euro für die G8-Soli-Kasse.



*Achtung Waffe!*

## Anklage wegen Tragens eines Patronengürtels

Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen erhebt Anklage gegen einen jungen Antifaschisten, weil er auf einer Demo einen im Handel erhältlichen Patronengürtel trug. Der aberwitzige Vorwurf lautet: Verstoß gegen das Waffengesetz/ Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Ob das Gericht einen Patronengürtel auch als Waffe beurteilt, bleibt abzuwarten.

“Der Marxismus läßt sich nicht verbieten!”

Unter dieses Motto stellten wir eine Veranstaltung mit der Veronika Sykorova, der stellv. Vorsitzenden des tschechischen kommunistischen Jugendverbandes KSM, am 13. Juli. Im ersten Teil informierte Veronika über den aktuellen Stand des Verbotsverfahrens gegen den KSM, das seit Oktober 2006 anhängig ist, und über die Schwierigkeiten, den Kampf unter dieser Drohung fortzusetzen. Anschließend diskutierte sie mit den 16 Teilnehmern über die aktuelle soziale Lage in unserem Nachbarland und vor allem über die Kampagne gegen die amerikanischen Militärstützpunkte, die eingerichtet werden sollen.



**Sonntag, 25.11.2007**  
**11 Uhr**  
**Umweltbibliothek Jena**  
**Schillergäßchen 5**

**Bei Interesse meldet euch bitte unter:**  
**thea@japs-jena.de**

“Wer das sieht, haßt G8”

...ist der Titel einer Fotoausstellung zur Repression während des G8-Gipfels, die im August im Café Wagner gezeigt wurde. Über 40 Menschen kamen zur Eröffnungsveranstaltung am 13. August. Der Fotograf Matthias Bärwolff (MdL-PDS) kritisierte dort die Militarisierung der Innenpolitik unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. Er informierte außerdem über die Aufklärungsarbeit, die seine Partei in den Parlamenten leistet. Einer unserer Genossen sprach über die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Gefangenen und zeigte Mitschnitte vom Hearing “Was geschah in Heiligendamm?”, das einen Meilenstein in der kritischen Aufarbeitung des Polizeieinsatzes darstellt.

**EA-Workshop: Einführung in die Arbeit des Thüringer Ermittlungsausschuss**

Wir sitzen vor, während und nach Demonstrationen (in Thüringen) am Telefon, damit ihr uns Festnahmen melden könnt. Wir versuchen durch Kontakt zur Demo und Polizei zu erwirken, dass Festgenommene/Verhaftete schnellstmöglich wieder raus kommen und halten Kontakt zu Anwältinnen, die wir ggf. einschalten können.

Wir bieten einen eintägigen Workshop an, um in die demobegleitende Arbeit des EA einzuführen. Das soll euch dazu befähigen, demnächst selbstständig EA-Arbeit in eurem Ort und Umgebung zu leisten.

Florian L., Axel H. und Oliver R. sitzen seit dem 31. Juli 2007 in Untersuchungshaft in Berlin-Moabit, weil sie angeblich versucht haben sollen, Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden. Am gleichen Tag wurde auch Andrej H. festgenommen und die Wohnungen und Arbeitsplätze von drei weiteren Personen durchsucht. Der Vorwurf gegen alle sieben lautet: “Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung” (§129a StGB). Die Konstruktionen, auf denen der Vorwurf “Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung” aufbaut, sind abenteuerlich und müssen entschieden zurückgewiesen werden. Diese Website wird von FreundInnen, KollegInnen und GenossInnen der sieben Beschuldigten, dem “Bündnis für die Einstellung der § 129a-Verfahren” getragen. Wir fordern die Freilassung der Gefangenen, die Einstellung des §129a-Verfahrens und die Abschaffung der §§129, 129a und 129b. Mehr Infos auf: <http://einstellung.so36.net>

[www.rote-hilfe.de/jena](http://www.rote-hilfe.de/jena)\*\*[jena@rote-hilfe.de](mailto:jena@rote-hilfe.de)

PGP-Fingerprint:CCC1 64AD F63B 18B8 3F45 A0BD 6EEF 3494 A932 07BD



**Rundbrief für Mitglieder  
und Interessierte**